

**MOTION**  
**von Hrn. Grossrat (Suppl.) Pascal Bridy (PDCC) betreffend obligatorische Schulzeit:**  
**Aufteilung der Kosten (15.01.2004) 3.265**

Die Aufteilung der Betriebskosten der obligatorischen Schulen wird gegenwärtig aufgrund der Finanzkraft der Gemeinden berechnet.

Hier wäre eine Beteiligung des Staates pro Schüler angebracht. Diese gäbe den Gemeinden mehr Autonomie, besonders was die Schaffung von Spezialklassen angeht (Sport und Studium, Kunst und Studium etc.) und würde sie zu einem wirtschaftlicheren Denken anregen, was die Eröffnung von neuen Klassen angeht sowie die interkommunale Zusammenarbeit verstärken. Dieses System, bei dem für jeden Schüler ein Schulscheck ausgestellt wird, würde in den Gemeinden ausserdem zu einer wirtschaftlicheren Führung der Schulgebäude führen (so wie der Staat das Geld der Gemeinden besser einsetzen will, wollen auch die Gemeinden das Geld des Staates besser einsetzen - es bleibt aber letztlich das Geld des Steuerzahlers), einen Qualitätskampf zwischen den verschiedenen Klassentypen (ein- oder mehrstufige Klassen) bewirken und die Schulbehörden in ihrer Rolle als Ausbildner und Verwalter in die Verantwortung nehmen, auch bei der Frage, ob ein schwieriger Schüler von der Schule ausgeschlossen, besser integriert oder zivilisiert werden soll.

Der Schulscheck gibt den Eltern ein Mittel in die Hand, dank welchem sie bei den Schulkommissionen und Lehrpersonen nötigenfalls auf mehr Gehör stossen.

Der Schulscheck soll auch für Privatschulen Gültigkeit haben, solange es sich um vom Staat zugelassene Schulen handelt, welche den minimalen Qualitätsstandards und den Bestimmungen betreffend Schulprogramm und Anstellung von Personal entsprechen sowie deren Schüler Noten erreichen, die dem kantonalen Durchschnitt entsprechen. Dies stellt keine Bedrohung für das öffentliche Schulwesen dar, sondern gibt diesem einen neuen Innovationsschub. Die Primarschulen haben ein gutes Niveau: Es gibt keine gewinnorientierte Privatschule, welche Primarschulunterricht anbietet, was die Qualität der öffentlichen Schulen beweist. Eltern, die ihren Kindern durch die Schule eine gewisse Ethik oder Sprache vermitteln wollen, sollten allerdings die Möglichkeit haben, eine Schule mit religiösem oder kulturellem Hintergrund wählen zu können.

Wenn es Privatschulen gibt, die sich für diesen neuen Markt interessieren, so ist ein Rückgang der Staatsausgaben für Schulhausneubauten, und somit eine Einsparung im eh schon gebeutelten Staatsbudget zu erwarten.

Sitten, den 15. Januar 2004  
(16h50)

Pascal Bridy, Grossrat (Suppl.) (PDCC)